



Doi Moi 2.0?

Vietnam vor dem 12. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams

MARTIN GROSSHEIM UND ERWIN SCHWEISSHELM

Oktober 2015

- Die innenpolitische Diskussion in Vietnam wird derzeit von den Vorbereitungen auf den 12. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) Anfang 2016 dominiert. Dieser kommende Parteitag markiert den Beginn eines fünfjährigen »politischen Zyklus«.
- Themen sind die gesellschaftlichen Umbrüche nach 30 Jahren der »Doi Moi« genannten Reformpolitik, der zukünftige wirtschaftliche Kurs unter den Bedingungen einer sehr forcierten Weltmarktintegration und die außenpolitischen Streitpunkte innerhalb der Parteiführung, vor allem im Verhältnis zu China und den USA.
- Personalfragen werden auf dem Parteitag eine zentrale Rolle spielen. Aufgrund der Altersgrenzen ist eine Neubesetzung von Positionen in Zentralkomitee und Politbüro zumindest teilweise sicher.
- Die nächste Generation der KPV-Führung wird weniger Bindungen an die wichtigen historischen Gründungsbedingungen Vietnams haben. Die besten Aussichten auf den Posten des Generalsekretärs der KPV scheint derzeit der bisherige Premierminister Nguyen Tan Dung zu haben.



Inhalt

1. Einleitung	2
2. Die Rolle der KPV im politischen System Vietnams	2
3. Das Innenleben der Partei	4
4. Die Krise im Südchinesischen Meer – Neuorientierung der KPV?	4
5. Ausblick auf den 12. Parteitag der KPV	6
Literatur	10

1. Einleitung

Steht Vietnam vor einer Wende? Die innen- und außenpolitischen Erschütterungen, die das Land seit 2014 aufgrund des Konflikts mit der Volksrepublik China im Südchinesischen Meer erfassten, deuten darauf hin. Vor diesem Hintergrund wird der kommende 12. Parteitag der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV) Anfang 2016 mit besonderer Spannung erwartet. Der Parteitag markiert den Beginn eines fünfjährigen »politischen Zyklus« in Vietnam. Dort wird das neue Zentralkomitee (ZK) gewählt, welches wiederum das Politbüro, den Generalsekretär und weitere wichtige Parteigremien bestimmt. Spätestens sechs Monate nach dem Parteitag finden dann die Wahlen zur Nationalversammlung statt, die anschließend die von der Partei designierte neue Führungsspitze des Landes bestätigt: den Staatspräsidenten, den Premierminister und den Vorsitzenden der Nationalversammlung. Alle drei kommen aus den Reihen des Politbüros.

Im Folgenden wird zunächst die Rolle und Legitimierung der KPV im politischen Leben des Landes analysiert. Darauf aufbauend erfolgt ein Ausblick auf die inhaltlichen und personellen Konstellationen für den Parteitag sowie eine Beschreibung möglicher Ergebnisszenarien und der Wahrscheinlichkeit einer zweiten umfassenden Reformpolitik nach der Einleitung von Reformen auf dem 6. Parteitag 1986.

2. Die Rolle der KPV im politischen System Vietnams

Vietnam ist ein Einparteiensstaat. Seit 1988 ist die KPV – gegründet von Ho Chi Minh im Jahre 1930 – die einzige zugelassene politische Partei des Landes. Zuvor bestehende, weitere politische Parteien haben sich in den 1980er-Jahren angeblich selbst aufgelöst. Der Artikel 4 der Verfassung schreibt die KPV als »führende Kraft des Staates und der Gesellschaft« fest, die sich »vom Marxismus-Leninismus und dem Ho-Chi-Minh-Denken leiten lässt«. Die Orientierung an der »Ho-Chi-Minh-Idee« ist relativ jungen Datums – sie fand erst nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa Eingang in die Parteistatuten und wird seither im Einklang mit dem Marxismus-Leninismus genannt.¹

1. Die Verpflichtung auf die Ideale von Ho Chi Minh wurde erst 1991 auf dem 7. Parteitag der KPV beschlossen.

Die KPV ist eine der wenigen noch herrschenden kommunistischen Parteien der Welt. Ihr Machtmonopol verteidigt sie beharrlich. Politischer Pluralismus oder gar ein Mehrparteiensystem werden von der Partei weiterhin strikt abgelehnt. Eine »friedliche Evolution«², deren Förderung der vietnamesische Sicherheitsapparat vor allem ausländischen NGOs unterstellt, gilt als ernstzunehmende Bedrohung des Machtmonopols. So befürwortete die Partei im Vorfeld der 2013 erfolgten Verfassungsänderung zwar Eingaben der Bevölkerung, lehnte eine Online-Petition mit 500 größtenteils prominenten Unterzeichner_innen, welche die Abschaffung der Sonderstellung der Partei forderten, jedoch ab.

Neben dem Drohszenario einer »friedlichen Evolution« besorgt die KPV auch das Schreckgespenst einer »Selbstevolution« von Parteimitgliedern, also einen schleichenden Vertrauensverlust in die Politik der Parteiführung. Die hierzu vermehrten Warnungen in der Parteipresse deuten darauf hin, dass bei vielen Parteimitgliedern vor allem durch die Nutzung unabhängiger Informationsquellen ideologische Erosionsprozesse eingesetzt haben.

Die Regierung befürchtet, dass sich aus den bisher noch einzeln agierenden Blogger_innen und Aktivist_innen Netzwerke formieren, die den Grundstock einer unabhängigen Medienlandschaft bilden könnten. So trennten sich im Mai 2015 zwanzig kritische Autor_innen von der staatstreuen *Vietnam Writers Association* und gründeten ihre eigene *League of Independent Vietnamese Writers*. Diesem Prozess versucht die KPV mit einer restriktiven Kontrolle des Internets, der willkürlichen Verhaftung kritischer Blogger_innen und der eigenen propagandistischen Nutzung des Internets und der sozialen Netzwerke zu begegnen.

Allerdings findet in Vietnam keine systematische und umfassende Repression von Meinungen statt, die nicht dem Konsens der KPV-Linie entsprechen. Stattdessen sind in den letzten Jahren vor allem im Internet zunehmend größere Freiräume entstanden, über welche die Partei und die entsprechenden Sicherheitsorgane keine absolute Kontrolle mehr ausüben können. So musste sich die KPV bereits mehrfach dem Druck von Bürgerinitiativen beugen, die sich über soziale Netzwerke organi-

2. Darunter wird unter anderem auch eine »Sozialdemokratisierung« der KPV verstanden.

siert hatten – zuletzt im Frühjahr 2015, als die Stadtverwaltung von Hanoi aufgrund öffentlicher und vor allem über *facebook* organisierter Proteste den Plan aufgeben musste, 6.700 Bäume zu fällen.³

Zwar ist die Partei sowohl der Verfassung als auch der Einhaltung der Gesetze verpflichtet, eine echte Gewaltenteilung besteht jedoch erst in Ansätzen und ist von der KPV auch nicht gewollt. Im Falle Vietnams vermischen sich dabei konfuzianische Traditionen, wonach das »Wohl der Gemeinschaft« über dem »Wohl des Individuums« steht, mit marxistischen Vorstellungen einer Kommunistischen Partei (KP), die das Deutungsmonopol auf eben dieses »Wohl der Gemeinschaft« besitzt.

Die paternalistische Überhöhung der KP zeigt sich auch darin, dass sie neben sich keine anderen politischen, gesellschaftlichen oder auch religiösen Organisationen erlaubt, die ihr die Loyalität der Bevölkerung streitig machen könnten. Die zugelassenen Religionsgemeinschaften können ihren Glauben zwar ungehindert praktizieren, müssen sich aber jeglicher Kritik am Machtmonopol der KPV enthalten.⁴

Während westliche demokratische Systeme ihre Legitimationsbasis vor allem aus gemeinsamen Werten wie etwa der Akzeptanz demokratischer Wahlen ziehen, gründen andere politische Systeme ihre Legitimität auf Faktoren wie historische Ereignisse in Form von Befreiungskämpfen, Revolutionen und charismatischen Figuren.⁵ Dies trifft in besonderem Maße auf Vietnam zu, wo die Partei in der Vergangenheit einen großen Teil ihrer Legitimation aus der führenden Rolle im Widerstand gegen ausländische Aggressoren unter Führung von Ho Chi Minh bezog, der das Land zur Unabhängigkeit führte. Dieser Mythos beginnt jedoch seit einigen Jahren rapide zu schwinden, vor allem bei der jüngeren Generation.

Die verbliebene Legitimationsbasis der Partei ist der wirtschaftliche Erfolg – auch hier ist Vietnam mit anderen kommunistischen und sozialistischen Systemen der Vergangenheit und Gegenwart vergleichbar. Diese setzen auf das Konzept eines *social contract*, d. h. bürgerliche Freiheiten wie Meinungsfreiheit, freie Wahlen etc. werden eingeschränkt, dafür sichert die politische Führung

umfassende soziale und ökonomische Rechte wie ein gutes Sozialsystem, Bildung, Preis- und Beschäftigungssicherheit sowie Aufstiegsmöglichkeiten.⁶ Dies korreliert durchaus auch mit der konfuzianistischen Tradition und der sehr stark pragmatisch ausgerichteten Mentalität vieler Vietnames_innen. Solange die materielle Entwicklung nach oben zeigt, werden die engen Grenzen und Schranken des politischen Systems akzeptiert.

Allerdings gelingt der Partei und Regierung die Einhaltung dieses *social contract* nicht von selbst; und die Legitimationsbasis wird schmaler.⁷ Eine wachsende soziale Ungleichheit, sichtbar durch die zunehmenden Luxusautos auf den Straßen in Hanoi und Ho-Chi-Minh-Stadt, die oft von Kindern hoher Parteifunktionär_innen gefahren werden, wird von der Bevölkerung bewusst wahrgenommen und erregt Unmut.

Ein weiteres gravierendes Problem ist der ungleiche Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem sowie die in diesen Bereichen fast endemische Korruption. So wird in privaten Gesprächen beklagt, dass in den letzten Jahren die »Preise der Korruption« extrem gestiegen seien und für Leistungen im Bildungs- und Gesundheitswesen immer mehr Geld »unter dem Tisch« bezahlt werden müsse. Auch hier kann die KPV das Versprechen einer »gerechten Gesellschaft«, das sie sich auf die Fahnen geschrieben hat, bisher nicht erfüllen.

Für Teile der Parteiführung und viele Parteiveteran_innen ist die weit verbreitete Korruption Verrat an den Prinzipien der Partei und den Idealen von Ho Chi Minh. Auch wenn »arabische Verhältnisse« nicht in Sicht sind,⁸ könnte die Legitimationsbasis des Systems in Gefahr geraten.

Neben dem Verweis auf ihre gute *performance legitimacy*, also die insgesamt erfolgreiche Wirtschaftspolitik seit Beginn der Reformen Ende der 1980er-Jahre, stützt sich die KPV auch auf die strikte Kontrolle der Vietna-

3. Vgl. Kleinen (2015), S. 90; Gray (2015); London (2015), S. 232.

4. Vgl. Kleinen (2015), S. 15; Gainsborough (2010), S. 275; Marr (1995).

5. Vgl. Alagappa (1995).

6. Vgl. Le Hong Hiep (2012), S. 151.

7. Eine ähnliche Situation war bereits Ende der 1980er-Jahre gegeben, als nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems, der gescheiterten Kollektivierung in Vietnam und des noch bis 1994 bestehenden amerikanischen Handelsembargos schließlich die wirtschaftliche Öffnung, »Doi Moi« genannt, ermöglicht werden musste, um einen Zusammenbruch der Wirtschaft und damit die Zerstörung der Legitimitätsbasis der Partei zu verhindern. Dies war der eigentliche Beginn der »*performance-based legitimacy*«, wie sie Le Hong Hiep (2012) beschreibt.

8. Zwar gibt es Demonstrationen, soziale Proteste und »wilde Streiks«, vor allem über Landfragen, eine ernstzunehmende organisierte Oppositionsbewegung im Land existiert aber nicht.

mesischen Volksarmee und des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit. Bezeichnenderweise besteht seit den 1990er-Jahren eine wesentliche Aufgabe der Armee in der Verteidigung des sozialistischen Systems in Vietnam. Forderungen nach einer »Entpolitisierung« der Streitkräfte und einer Beschränkung auf den »klassischen« Auftrag der Landesverteidigung, wie sie während der Diskussionen um die Verfassungsänderung 2013 erhoben wurden, erteilt die KPV daher auch eine rigorose Absage.⁹

3. Das Innenleben der Partei

Das Innenleben der KPV erscheint wie eine »black box«. Zuverlässige Aussagen über die zukünftige politische Orientierung der Partei sowie etwaige Fraktionskämpfe innerhalb der Parteiführung sind schwierig und nur auf Grundlage einer genauen Lektüre der offiziellen, vietnamesischen Presseorgane sowie interner Informationen zu treffen.¹⁰

Nach außen pflegt die Parteispitze einen kollektiven, auf Konsens ausgerichteten Führungsstil.¹¹ Die wichtigen Entscheidungen werden innerhalb des derzeit sechzehnköpfigen Politbüros getroffen, wobei sich das ZK mit seinen 175 ständigen Mitgliedern und 25 stimmberechtigten Kandidat_innen in den letzten Jahren immer mehr Freiraum geschaffen hat. Das ZK ist zum eigentlichen Kraftzentrum der Partei zwischen den Parteitag geworden und hat Entscheidungen des Politbüros und des Generalsekretärs bereits mehrfach revidiert.¹² So lehnte es auf dem 6. Plenum im Oktober 2012 eine Empfehlung des Politbüros zur Disziplinierung des Premierministers ab und widersetzte sich im darauffolgenden Jahr dem Vorschlag des Parteichefs Nguyen Phu Trong, seine Kandidaten auf frei gewordene Positionen im Politbüro zu wählen. Stattdessen nominierte das ZK den damaligen stellvertretenden Premierminister, Nguyen Thien Nhan, sowie die stellvertretende Vorsitzende der Nationalversammlung, Nguyen Thi Kim Ngan, und damit zwei Vertraute des Premierministers Nguyen Tan Dung. Das ZK ist somit, anders als in der Kommunistischen Partei Chi-

nas, derzeit der mächtigste Akteur in der KPV, gefolgt vom Politbüro und erst dann vom Generalsekretär – also gänzlich anders als noch zu Zeiten des langjährigen Parteichefs Le Duan.¹³

Mit dem Machtzuwachs des ZK ist auch die stark herausgehobene Stellung des Ministerpräsidenten Nguyen Tan Dung eng verbunden, der sich auf große Teile des ZK, gute Kontakte in den Provinzen und sein eigenes Regierungsbüro (*Van phong Chinh phu*) stützen kann. Seine weit verzweigten Verbindungen zu Mitgliedern des ZK konnte er auf dem bereits erwähnten 6. Plenum des ZK im Jahr 2012 nutzen, als er vom Politbüro für die Finanzskandale um die Staatsunternehmen Vinashin und Vinalines verantwortlich gemacht wurde und sein politisches Schicksal bereits auf der Kippe stand. Diese Vorwürfe sind aufgrund der jüngsten Entwicklungen im Südchinesischen Meer¹⁴ mittlerweile jedoch stark in den Hintergrund getreten. Tatsächlich konnte Nguyen Tan Dung seine Stellung durch seine konsequente Haltung im Konflikt mit der VR China festigen und ausbauen, was wiederum Folgen für die weitere personelle Neubesetzung der politischen Führung in Vietnam haben kann.

4. Die Krise im Südchinesischen Meer – Neuorientierung der KPV?

Anfang Mai 2014 installierte China in der Nähe der umstrittenen Paracelsus-Inseln (*Hoang Sa*) im Südchinesischen Meer eine Ölplattform. Dies führte zur größten Krise in den vietnamesisch-chinesischen Beziehungen seit ihrer Normalisierung im Jahre 1991. Es kam nicht nur zu Zusammenstößen zwischen vietnamesischen und chinesischen Schiffen in der Nähe der Ölplattform, sondern auch zu massiven antichinesischen Protesten in Vietnam, die mehr und mehr eskalierten. Bei Ausschreitungen gegen chinesische, aber auch andere ausländische Firmen in den südvietnamesischen Provinzen Dong Nai und Binh Duong sowie in Ha Tinh in Zentralvietnam gab es mehrere Tote und ca. hundert Verletzte. Die Situation beruhigte sich erst, nachdem sich Ministerpräsident Nguyen Tan Dung persönlich an die vietnamesische Bevölkerung wandte und die Sicherheitskräfte verstärkt einschritten. Eine endgültige Entspannung brachte jedoch erst der

9. Vgl. Vietnam News (2014); Kleinen (2015), S. 31.

10. Vgl. Kleinen (2015), S. 19.

11. Vgl. London (2015), S. 232. Das Prinzip der »kollektiven Führung« wurde bereits auf dem 3. Parteitag im Jahre 1960 beschlossen.

12. Vgl. Le Hong Hiep (2015a).

13. Vgl. Malesky, Abrami und Zheng (2011).

14. In Vietnam wird der Begriff »Östliches Meer« verwendet.

Abzug der chinesischen Ölplattform Mitte August 2014 und die darauffolgende Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Hanoi und Beijing.

Die Ereignisse des Jahres 2014 waren Auslöser einer der gravierendsten sicherheitspolitischen und innenpolitischen Krisen seit 1986, als Vietnam den Reformprozess »Doi Moi« einleiten musste. Zudem zeigten die Unruhen im Mai 2014, dass Partei und Sicherheitsorgane das Land in einer solchen Situation nicht mehr ohne Weiteres im Griff haben. Derartige Proteste könnten auch politisch außer Kontrolle geraten und Schleusen für andere Unmutsbekundungen öffnen – für die KPV ein gefährliches Szenario.

Ende Juni 2014 veröffentlichte eine Gruppe von 61 prominenten, aber nicht mehr in politischer Verantwortung stehenden KP-Mitgliedern einen Brief an das ZK der KPV, in dem der Parteiführung vorgeworfen wird, sich über die Jahre zu nachgiebig gegenüber China gezeigt zu haben. Der Brief enthielt zusätzlich die Aufforderung, China vor dem Internationalen Seegerichtshof (ISGH) zu verklagen, einen echten demokratischen Rechtsstaat zu entwickeln und politischen Pluralismus und Meinungsfreiheit zuzulassen. Der Brief ging mit Forderungen vietnamesischer Intellektueller an die Führung in Hanoi einher, die »Gunst der Stunde« zu nutzen und sich endgültig von China loszusagen (*thoat trung*), also die einseitige Orientierung am großen Nachbarn im Norden mit seinem ähnlichen politischen System aufzugeben.

Auch wenn eine »Trennung« von China aufgrund der gegebenen geografischen Nachbarschaft und der Abhängigkeit von chinesischen Vorprodukten für die vietnamesischen Weltmarktfabriken schlichtweg illusorisch ist, kann im Rückblick auf das Jahr 2014 konstatiert werden, dass die Führung der KPV außen- und sicherheitspolitisch eine Neuorientierung eingeleitet hat. Vor dem Hintergrund der Krise im Südchinesischen Meer vertreten viele Analyst_innen die These von zwei gegensätzlichen Fraktionen in ZK und Politbüro: einer »pro-westlichen« und einer »pro-chinesischen« Fraktion.

Die »pro-westliche« Gruppe, angeblich um Premierminister Nguyen Tan Dung, möchte Vietnam stärker an die USA heranführen, auch um den wirtschaftlichen Reformdruck zu erhöhen, das Land in die Wirtschaftsgemeinschaft Trans Pacific Partnership (TPP) hineinzu-

führen¹⁵ und die wirtschaftliche wie politische Abhängigkeit von China zu verringern. Die »pro-chinesische« Fraktion um den Generalsekretär der KP, Nguyen Phu Trong, befürchtet dagegen chinesische Sanktionen im Falle einer politischen Konfrontation und drängte in Bezug auf den Konflikt im Südchinesischen Meer auf eine Deeskalation in der Berichterstattung in den vietnamesischen Medien. Tatsächlich spielte der vietnamesische Verteidigungsminister Phung Quang Thanh die Krise in den Beziehungen zu China herunter und sprach von »Streitigkeiten«, wie sie in jeder Familie vorkämen.¹⁶

Die Beziehungen zwischen Vietnam und China waren schon immer pragmatisch. Aber 2014 wurde besonders deutlich, dass der Konflikt auch eine geopolitische Dimension besitzt, in der vor allem die USA und China eine Rolle spielen. Das amerikanische »*rebalancing*«, die Hinwendung zu Asien und die Verstärkung der Beziehungen zu Japan, den Philippinen und Vietnam, hat China zu der Auffassung gebracht, dass die USA in Bezug auf die maritimen Territorialstreitigkeiten im Westpazifik nicht mehr unparteiisch sind, sondern eindeutig Stellung bezogen haben. Aber auch die Staaten der Region fühlen sich zunehmend von Chinas neuem Selbstbewusstsein, von der Modernisierung seiner Flotten und vor allem von der derzeitigen Aufschüttung künstlicher Inseln im Gebiet des Spratly-Archipels bedroht und suchen verstärkt die Nähe zu den USA – so auch Vietnam.

Vor diesem Hintergrund reiste der Generalsekretär der KPV, Nguyen Phu Trong, im Juli 2015 in die USA. Normalerweise ist es ein Privileg für Staats- und Regierungschefs, von US-Präsident Obama im Weißen Haus empfangen zu werden, aber für den Generalsekretär der KPV machte man eine Ausnahme. Schließlich ist Vietnam für die USA ein immer wichtiger werdender Partner im *rebalancing*. Vietnam hat eine wichtige geopolitische Lage zwischen Ostasien und Südostasien, 2.000 Kilometer Grenze mit China, eine schnell wachsende Wirtschaft mit über 90 Millionen Menschen, spielt eine stärker werdende Rolle in der ASEAN und besitzt, anders als etwa die Philippinen, eine starke und gut ausgerüstete Armee. Doch auch Vietnam zeigt Interesse an einem *rebalancing* der Beziehungen, vor allem aus sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Gründen. Daher war der

15. Das TPP, dem zwölf asiatische und pazifische Staaten angehören (darunter die USA und Vietnam, aber nicht China) wurde am 5. Oktober 2015 paraphiert.

16. Vgl. Phung Quang Thanh (2014).

Besuch – nicht nur angesichts der schwierigen gemeinsamen Vergangenheit beider Länder – wohl tatsächlich ein Meilenstein in der Entwicklung der vietnamesisch-amerikanischen Beziehungen.

Das vielleicht symbolisch wichtigste Ergebnis des Besuchs war die Tatsache, dass dies der erste Besuch eines Generalsekretärs der KPV in den USA war und dass es dabei neben einem insgesamt hochrangigen Programm auch ein Treffen mit Präsident Obama gab. Zumindest aus vietnamesischer Sicht akzeptieren die USA damit die zentrale Rolle der KPV im politischen System Vietnams. Hoang Binh Quan, Mitglied im ZK der KPV und Leiter der Kommission für internationale Beziehungen drückte es in einem Gastbeitrag für die *Washington Post* am 3. Juli 2015 wie folgt aus:

»Now the visit by the general secretary at the invitation of the Obama administration signals U.S. respect for Vietnam's choice of political regime.«¹⁷

Eine zentrale Rolle in den Gesprächen spielte natürlich die Situation im Südchinesischen Meer, auch aus der innenpolitischen Sicht Vietnams. Trong gehört der eher orthodoxen Fraktion im Politbüro an, die in der Vergangenheit sehr enge Beziehungen zu China gepflegt hat. Diese sah die Annäherung an die USA eher skeptisch, nicht nur aus ideologischen Gründen, sondern auch, weil man den USA im Ernstfall nicht zutraute, Vietnam zu schützen. Daher war Trong bei seinem Treffen mit Obama auch darauf bedacht, konkrete Signale zu erhalten, wie die USA die Interessen Vietnams im Ernstfall garantieren können.

Vietnam erwartet von den USA, das Verbot der Waffenerlieferungen komplett aufzuheben, doch hat es derartig konkrete Zusagen zumindest offiziell nicht gegeben. Immerhin konnte Trong durch seinen USA-Besuch das innenpolitische Signal senden, dass seine Gruppierung in der Partei zwar weiterhin an guten Beziehungen zu China interessiert, aber nicht Peking-hörig sei. Dies könnte Befürchtungen aufseiten der KPV, die USA beabsichtige eine »friedliche Evolution«, also eine gewaltlose Unterwanderung des kommunistischen Einparteiensystems in Vietnam, den Wind aus den Segeln nehmen und damit auch einen Einfluss auf den bevorstehenden 12. Parteitag der KPV haben.

17. Hoang Binh Quan (2015).

5. Ausblick auf den 12. Parteitag der KPV

Der 12. Parteitag der KPV, der voraussichtlich im Januar 2016 stattfinden wird, wird die Leitlinien der Politik für die nächsten fünf Jahre formulieren sowie über wichtige personelle Neubesetzungen entscheiden. Der Parteitag mit über 1.000 Delegierten, die ca. 3,6 Millionen Parteimitglieder vertreten, wählt das ZK, das wiederum das neue Politbüro bestimmt, aus dem schließlich der Generalsekretär hervorgeht. Auf dem Parteitag werden jedoch nicht nur die höchsten Parteiämter vergeben, sondern auch die wichtigsten Posten in Staat und Regierung (Ministerpräsident, Staatspräsident, Vorsitzender der Nationalversammlung). Diese Nominierungen werden dann einige Monate später in der neu konstituierten Nationalversammlung bestätigt. Alle wichtigen Schlüsselpositionen in den Bereichen Politik, Verwaltung und Justiz werden von Parteimitgliedern besetzt.

Auch wenn die Apparate von Staat und Partei institutionell klar getrennt sind, stellen die auf den alle fünf Jahre stattfindenden Parteitagen beschlossenen Leitlinien de facto die Vorgaben für die Regierungspolitik dar, die von Legislative und Exekutive dann lediglich in die Praxis umgesetzt werden.

Das oberste Prinzip der KPV stellt die Sicherung der Parteiherrschaft dar. Wirtschaftliche Reformen werden als unvermeidlich angesehen, politische Reformen in Richtung eines politischen Pluralismus sind nicht in Sicht. So finden sich in der Parteipresse derzeit auffällig viele Artikel und Reden von Parteiführer_innen, die erneut vor einer »friedlichen Evolution« bzw. einer »Selbstevolution« warnen. Im gleichen Atemzug werden »feindliche Kräfte« angeprangert, die für die Einführung eines Mehrparteiensystems in Vietnam plädieren und die Vietnamesische Volksarmee, eine der Stützen der KPV, entpolitisieren wollen.

Bezeichnenderweise betonte Parteichef Nguyen Phu Trong bei einem Besuch in Japan im September 2015, dass die Qualität eines politischen Systems nicht von der Anzahl der Parteien, sondern von der Qualität der Parteien abhängt – im Falle Vietnams der KPV. Auffällig ist zudem, dass der Parteichef sowie führende Theoretiker_innen der KPV in den letzten Monaten mehrfach vor dem zerstörerischen Einfluss von »Interessengruppen« auf die Partei warnen. So würden einige Parteimitglieder ihre Positionen nur zur persönlichen Bereicherung ausnutzen und damit die KPV korrumpieren.

Ob sich diese vermehrten Angriffe auf »*rent-seeking groups*« innerhalb der Partei, deren Existenz bereits seit langem auch von ausländischen Beobachter_innen diagnostiziert worden ist, in erster Linie gegen den amtierenden Ministerpräsidenten Nguyen Tan Dung richten, ist unklar. Deutlich ist jedoch, dass die Fraktion um Parteichef Nguyen Phu Trong dem Kampf gegen die Korruption damit zumindest auf theoretischer Ebene neuen Schwung verliehen hat, nachdem die Antikorruptionskampagne unter dem mittlerweile verstorbenen Nguyen Ba Thanh, dem in der Bevölkerung sehr beliebten früheren Parteichef von Da Nang, schnell verpufft war.¹⁸

Zwar existiert sicher auch ein Reformflügel innerhalb der Partei, aber die Mehrheit der Führungsebene ist vor allem an der Sicherung ihrer Macht und der finanziellen Pfründe ihrer Familien interessiert. Der größte Druck auf politische Reformen innerhalb der KPV kommt daher auch von den Parteitagsdelegierten, die mehr Mitsprache bei der Auswahl der politischen Führung sowie eine größere Rechenschaftspflicht der Führung einfordern. Ihre Einflussmöglichkeiten sind jedoch sehr begrenzt.

Auf dem kommenden Parteitag wird die KPV auf dreißig Jahre Reformpolitik unter dem Titel »Doi Moi« zurückblicken. Die besondere Leistung der Partei bestand darin, in den letzten drei Jahrzehnten die für den herkömmlichen Kommunismus typischen politischen Institutionen und die autoritären Methoden der Machterhaltung aufrechtzuerhalten, gleichzeitig aber die ideologische Zwangsjacke abgelegt zu haben. Der sukzessive Rückzug der Partei aus dem Privatleben der vietnamesischen Bürger_innen (mit Ausnahme der kleinen Gruppe politischer Blogger_innen und Menschenrechtsaktivist_innen) ist heute tagtäglich zu beobachten. Auf den ersten Blick drängt sich nicht der Eindruck auf, in einem autoritären Einparteiensystem zu leben.

Gemäß dem leninistischen Konzept durchdringt die Partei eigentlich die Regierung und die Gesellschaft. Doch beginnt dieses Prinzip sich umzukehren: Die Gesellschaft dringt mit all ihren raschen Veränderungen, Wünschen und Brüchen in die Partei ein, die nun mit diesen Widersprüchlichkeiten fertigwerden muss. Diese Entwicklung wird ein wichtiges Thema auf dem kommenden 12. Parteitag sein.

Ein weiteres Thema stellt die zukünftige wirtschaftspolitische Ausrichtung dar. Dabei steht vor allem die Frage

im Vordergrund, welche Rolle die staatlichen Unternehmen in Zukunft spielen werden, die nach wie vor einen immensen wirtschaftlichen Faktor darstellen. Vor allem westliche Unternehmen und internationale Organisationen fordern eine zügige Privatisierung. Da Vietnam aber weiterhin das Prinzip einer »Marktwirtschaft sozialistischer Orientierung« aufrechterhalten will und die Parteiideolog_innen die wirtschaftlich führende Rolle der Staatsunternehmen als eine wesentliche Ausprägung dieses Prinzips ansehen, wird es im Vorfeld des Parteitages sicherlich heftige Auseinandersetzungen geben.

Neben der Wirtschaft, die sich nach einigen Turbulenzen im Zuge der globalen Finanzkrise in den letzten Jahren wieder stabilisiert hat, werden es vor allen Dingen die oben beschriebenen außenpolitischen Streitpunkte sein, welche die Führung auseinanderdividieren.

Gleichzeitig spielen die Personalfragen eine zentrale Rolle. Im Politbüro gilt eine Altersgrenze von 65 Jahren. Zudem darf man maximal zwei Kongressperioden, also insgesamt zehn Jahre, Mitglied des Gremiums sein. Von dieser Beschränkung ist nur die Funktion des Generalsekretärs ausgenommen. Als Kandidat_innen (derzeit sind nur zwei Frauen im Politbüro) für die vier Spitzenpositionen – Generalsekretär_in, Staatspräsident_in, Premierminister_in und Vorsitzender bzw. Vorsitzende der Nationalversammlung – muss man bereits fünf Jahre Mitglied im Politbüro gewesen sein. Dies begrenzt die Möglichkeiten neuer Gesichter, nach ganz oben aufzusteigen.

Aus diesem Grund gibt es immer wieder Versuche, dieses rigide System aufzubrechen. Vor allem aus den Reihen der Parteitagsdelegierten sind bereits Stimmen laut geworden, der Basis mehr Mitsprache bei der Auswahl des Spitzenpersonals einzuräumen – bis hin zu Abstimmungen mit mehreren Kandidat_innen. Immerhin wurde zur Vorbereitung des 12. Parteitags beschlossen, die Partei zu verjüngen und weiblicher zu machen. So sollen in Zukunft mindestens zehn Prozent der Mitglieder in den Führungsgremien auf der Provinzebene unter 40 Jahren und nicht weniger als 15 Prozent sollen Frauen sein. Für die Parteigremien auf nationaler Ebene existieren solche Beschlüsse bisher nicht.

Sollten die oben genannten Regeln weiterhin angewandt werden, könnten lediglich sechs von 16 Politbüromitgliedern (15 Mitglieder plus Generalsekretär) für eine zweite

18. Vgl. Vu Ngoc Hoang (2015); Vuving (2010).

Periode wiedergewählt werden, sodass starke personelle Veränderungen zu erwarten sind. Allerdings könnten Ausnahmen für diejenigen Mitglieder des Politbüros gemacht werden, die vor dem 70. Lebensjahr noch zwei Drittel der Periode beenden können. Derzeit betrifft dies fünf Mitglieder: Truong Tan Sang, Phung Quang Thanh, Pham Quang Nghi, Le Hong Anh und Nguyen Tan Dung.¹⁹

Die nächste Generation der KPV-Führung wird sicher weniger Bindungen zu den so wichtigen historischen Gründungsbedingungen Vietnams wie dem Unabhängigkeitskampf gegen Frankreich und dem Sieg über die USA unter Führung der KPV aufweisen. Hinzu kommt, dass 75 Prozent der Vietnames_innen nach dem Ende des »Amerikanischen Krieges« 1975 geboren wurden.

Einen Hinweis auf die derzeitigen Kräfteverhältnisse gab die 10. Plenarsitzung der Periode 2011–2016 des ZK vom 5.–12. Januar 2015. Sie war vor allem aufgrund der Konfrontation mit China in 2014 um mehrere Monate verschoben worden. Eine absolute Innovation war hierbei die erste Vertrauensabstimmung über die 16 Mitglieder des Politbüros und vier Mitglieder des ZK-Sekretariats. Die Öffentlichkeit wurde nur über die Abstimmung, nicht aber über deren Ergebnisse informiert, sodass man auf die Informationen in den Blogs angewiesen war, die Instrument und Stimme sowohl kritischer Blogger_innen als auch einflussreicher Politiker_innen und des Geheimdienstes sind.

In einem der prominentesten Blogs, über dessen Quelle viel spekuliert wird,²⁰ wurden sehr umfangreiche und konkrete Daten zur Abstimmung veröffentlicht, deren Echtheit aber nicht verifiziert ist. Danach hatten die 200 ZK-Mitglieder (alle 197 Anwesenden gaben ihre Stimme ab, es gab keine Enthaltungen) wie bei den Vertrauensabstimmungen in der Nationalversammlung die Wahl zwischen »hohem« Vertrauen, »Vertrauen« und »geringem Vertrauen«. Die Ergebnisse sind schwierig zu interpretieren, da sie in den einzelnen Kategorien stark schwanken. Dennoch wurde deutlich, dass Premierminister Dung, dem Ambitionen auf das Amt des Generalsekretärs nachgesagt werden, da er als Premierminister nach zwei Amtsperioden nicht wieder antreten kann, im vergangenen Jahr verlorenes Vertrauen zumindest teilweise wettmachen konnte.

19. Vgl. Le Hong Hiep (2015b).

20. *Portraits of Power*, auch das Umfeld des Premierministers wird als Urheber genannt; <http://chandungquyenluc.blogspot.de/> (aufgerufen am 14.9.2015).

Hinsichtlich der Frage, wer nach dem nächsten Parteikongress zu den vier Führungsleuten gehören wird, gibt es nur bedingt Hinweise. Für Dung spricht auch, dass seine Position im ZK stark ist, da das ZK vor allem aus Kabinettsmitgliedern und Mitgliedern der Exekutive in den Provinzen besteht, die ihre Positionen meistens dem Einfluss des Premierministers verdanken. Ebenso scheinen ihn die Ministerien für Verteidigung und für Öffentliche Sicherheit zu unterstützen, aus deren Reihen allein 15 Prozent der ZK-Mitglieder kommen. Darüber hinaus haben ihm insbesondere seine konsequente Haltung in der Auseinandersetzung mit China im vergangenen Jahr sowie seine pro-amerikanische Außen- und Handelspolitik nicht nur im ZK, sondern auch in der Öffentlichkeit starke Sympathien eingebracht. Sollte Dung Generalsekretär werden, würde die Partei in Zukunft wieder ein klares Machtzentrum besitzen, zumal der nächste Premierminister dann wohl auch aus den Reihen seiner Gefolgschaft kommen würde.

Allerdings bestehen auch reichlich Vorbehalte gegen den Premierminister, insbesondere bei der älteren Führungsriege, die ihn für den schleichenden Machtverlust der Partei verantwortlich sehen. Zudem gilt Dung als unternemernah, prowestlich und scheint keine Probleme damit zu haben, China zu kritisieren und sich den USA stärker anzunähern. Das macht ihn in den Augen des Apparates verdächtig. Deshalb ist auch sein Favorit für das Amt des Premierministers, der derzeitige Vizepremierminister Vu Duc Dam, unter Beschuss. Er gilt als Technokrat, der von westlichen Beobachter_innen bevorzugt würde, als Nicht-Politbüromitglied jedoch nur geringe Chancen auf den Posten hat.

Die Gruppe um Nguyen Tan Dung will Vietnam durch die Freihandelsabkommen noch stärker in die globale Wertschöpfungskette integrieren und damit den Druck auf Reformen wirtschaftlicher und politischer Art in Vietnam erhöhen. Bei westlichen Beobachter_innen gilt der derzeitige Premierminister als beste Wahl: nicht weil er ein wirklicher Reformier, sondern weil er mutig, pragmatisch und frei von ideologischen Dogmen sei. Im Falle seiner Wahl ist zu erwarten, dass sich Vietnam nach dem Parteitag gesellschaftlich weiter öffnet, etwa durch unabhängige Institutionen der Zivilgesellschaft.²¹

21. Immerhin wurde kürzlich – angeblich auf Drängen des Premierministers – der Entwurf eines Vereinsgesetzes vorgelegt. Dies war in den vergangenen Jahren immer wieder verschoben worden.

Insgesamt lässt sich auch drei Monate vor dem Parteitag kaum sagen, wie die Entscheidungen Anfang 2016 letztlich getroffen werden.²² Zumindest kann man von drei Szenarien ausgehen:

1. Sollte es der Gruppe um den Premierminister gelingen, alle vier Führungspositionen (Generalsekretär, Premierminister, Staatspräsident, Vorsitzender der Nationalversammlung) zu gewinnen, wird es in Vietnam eine starke und geeinte Führung geben. Die Gruppe gilt als reformorientiert und dürfte Vietnam wirtschaftlich und politisch stärker Richtung Westen orientieren, was die Gefahr regionaler Spannungen birgt. Dass Nguyen Tan Dung sich soweit durchsetzen kann, ist jedoch zweifelhaft.
2. Sollte die eher konservative Gruppe im Politbüro und ZK die Oberhand gewinnen, wäre die Richtung wieder eine stärkere Annäherung an China sowie eine geringere Geschwindigkeit in Sachen ökonomischer Liberalisierung, Reform des Bankensektors etc. Allerdings scheint auch die eher strukturkonservativere Gruppe den Glauben an China zu verlieren, wie die USA-Reise des Generalsekretärs Trong im Juli gezeigt hat.

3. Möglich ist auch ein drittes Szenario, in dem die Macht – wie bisher – auf die verschiedenen Gruppierungen verteilt ist und damit die gegenseitige Blockade fortgesetzt wird. Im Moment scheint die Fraktion von Premierminister Dung in der stärksten Position: Gerade deshalb ist dieses dritte Szenario nicht unwahrscheinlich.

Entschieden ist noch nichts, auch wenn es Berichte gibt, dass auf der 12. Plenarsitzung des ZK vom 5.–11. Oktober 2015 erste personelle Vorentscheidungen getroffen wurden. Einiges deutet darauf hin, dass sich das Personalkarussell hinter den Kulissen noch dreht und durch den für Oktober oder November 2015 geplanten Besuch des chinesischen Partei- und Staatschefs Xi Jinping sowie den für danach anvisierten Besuch von US-Präsident Obama in Hanoi in Bewegung bleiben wird. Vermutlich wird die Parteiführung über die zukünftige politische Orientierung und die neue personelle Aufstellung erst nach den beiden Staatsbesuchen entscheiden.²³

Und letztlich ist es auch nicht völlig ausgeschlossen, dass der Parteitag im Januar 2016 die Entscheidung über die Führungsriege vertagt und diese erst von einer späteren Sitzung des ZK getroffen wird.

22. Vgl. Le Hong Hiep (2015b).

23. Vgl. Thayer (2015b).

- Alagappa, Muthiah** (1995): The Anatomy of Legitimacy. In: Ders. (Hrsg): *Political Legitimacy in South East Asia*. Stanford, Ca.: Stanford University Press, S. 11–30.
- Amer, Ramses** (2015): Vietnam in 2014. Crisis with China Makes Headline. In: *Southeast Asian Affairs* 2015, S. 387–402.
- Gainsborough, Martin** (2007): From Patronage to Outcomes: Vietnamese Communist Party Congresses Reconsidered. *Journal of Vietnamese Studies*, Vol 2 (1): 3–26.
- Gainsborough, Martin** (2010): *Vietnam. Rethinking the State*. London: Zed Books.
- Gray, Michael** (2015): *Control and Dissent in Vietnam's Online World*; http://www.tiasangvietnam.org/wp-content/uploads/2015/02/TSVN.Backgrounder.Social.Media_Jan15.pdf (aufgerufen am 20.8.2015).
- Hoang Binh Quan** (2015): A Milestone Visit to Washington by Vietnam's Communist Party. In: *Washington Post* (3.7.2015); https://www.washingtonpost.com/opinions/the-flourishing-us-vietnam-relationship/2015/07/03/43a0cfa-20de-11e5-84d5-eb37ee8eaa61_story.html (aufgerufen am 5.10.2015).
- Kleinen, John** (2015): *Vietnam: One Party State and the Mimicry of the Civil Society*. Bangkok: IRASEC.
- Le Hong Hiep** (2012): Performance-based Legitimacy: The Case of the Communist Party of Vietnam and Doi Moi. In: *Contemporary South East Asia* Vol. 34, No. 2, S. 145–172.
- Le Hong Hiep** (2015a): *Power Shifts in Vietnam's Political System* (5.3.2015); <http://www.eastasiaforum.org/2015/03/05/power-shifts-in-vietnams-political-system/> (aufgerufen am 15.3.2015).
- Le Hong Hiep** (2015b): *Vietnam's Leadership Transition in 2016: A Preliminary Analysis*. Singapore: ISEAS perspective # 24/2015.
- London, Jonathan** (2015): China and East Asia: Is Vietnam on the Verge of Change? In: *Current History* 114, No. 773, S. 229–235.
- Marr, David** (1995): *Vietnam Strives to Catch Up*. Washington: The Asia Society.
- Malesky, Edmund J./Abrami, Regina M./Zheng, Yu** (2011): Institutions and Inequality in Single-Party Regimes: A Comparative Analysis of Vietnam and China. In: *Comparative Politics*, Vol. 43, No. 4 (July 2011), S. 401–427.
- Phung Quang Thanh** (2014): *Managing Strategic Tensions*. Shangri-La Dialogue 2014. Third Plenary Session; <https://www.iiss.org/en/events/shangri-la-dialogue/archive/2014-c20c/plenary-3-bce0/phung-dcf8> (aufgerufen am 29.9.2015).
- Thayer, Carlyle** (2015a): Is Vietnam Pivoting Toward the United States? In: *The Diplomat* (6.7.2015); <http://thediplomat.com/2015/07/is-vietnam-pivoting-toward-the-united-states/> (aufgerufen am 8.7.2015).
- Thayer, Carlyle** (2015b): Vietnam's China factor; <http://www.policyforum.net/vietnams-china-factor/> (aufgerufen am 29.9.2015).
- The Economist** (2015): *Political Jostling Begins with Party Congress on the Horizon* (28.4.2015); <http://country.eiu.com/article.aspx?articleid=293115813&Country=Vietnam&topic=Politics> (aufgerufen am 16.9.2015).
- Vietnam News** (2014): *Party Draws Roadmap for Army Advance* (20.12.2014); <http://vietnamnews.vn/politics-laws/264283/party-draws-roadmap-for-army-advance.html> (aufgerufen am 28.12.2014).
- Vu Ngoc Hoang** (2015): Tham vong quyen luc va su tha hoa (Machtstreben und Degeneration). In: *Tap chi Cong san* (15.9.2015); <http://www.tapchiconsan.org.vn/Home/Sinh-hoat-tu-tuong/2015/35208/Tham-vong-quyen-luc-va-su-tha-hoa.aspx> (aufgerufen am 16.9.2015).
- Vuving, Alexander L.** (2015a): A Tipping Point in the US-China-Vietnam Triangle. A Visit to Washington by Vietnam's General Secretary this Week Underscores a Major Shift. In: *The Diplomat* (6.7.2015); <http://thediplomat.com/2015/07/a-tipping-point-in-the-u-s-china-vietnam-triangle/> (aufgerufen am 8.7.2015).
- Vuving, Alexander L.** (2010): Vietnam: A Tale of Four Players. In: *Southeast Asian Affairs* (2010), S. 367–391.
- Vuving, Alexander L.** (2015b): *Will the 2016 Congress Be the Moment of Change in Vietnamese Politics?* (13.5.2015); <http://www.eastasiaforum.org/2015/05/13/will-the-2016-congress-be-the-moment-of-change-in-vietnamese-politics/> (aufgerufen am 28.5.2015).



Über die Autoren

Dr. Martin Grossheim ist Privatdozent an der Universität Passau und Leiter des DFG-Projekts »Geschichtspolitik und Erinnerungskultur in Vietnam«.

Erwin Schweisshelm ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Hanoi.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien und Pazifik
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Jürgen Stetten, Leiter, Referat Asien und Pazifik

Tel.: +49-30-26935-7450 | Fax: +49-30-26935-9211
<http://www.fes.de/asien>

Bestellungen/Kontakt:
Ulla.Heidbuechel@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.